

Einen attraktiven Öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Nulltarif

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Beschäftigte im Öffentlichen Dienst verdient Ihr für Eure Arbeit Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Ganz einfach, weil Ihr einen unverzichtbaren Beitrag für alle leistet. Eure Forderungen nach sechs Prozent mehr Geld und mindestens 200 Euro zusätzlich pro Monat sind deshalb mehr als berechtigt.

Gerade weil die Tarifentwicklung der Landesbeschäftigten in den letzten Jahren deutlich hinter der allgemeinen Lohnentwicklung und der Entwicklung beim Bund und in den Kommunen zurückgeblieben ist, sollten die Arbeitgeber ein Interesse daran haben, dass der Öffentliche Dienst wieder attraktiver wird.

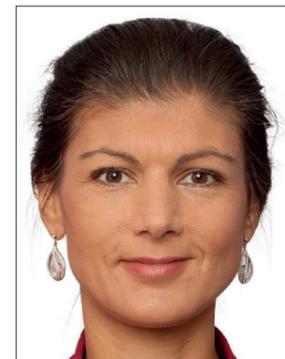
Fast ein Drittel der Landesbeschäftigten geht in absehbarer Zeit in Rente. Auch deshalb sind Eure Forderungen nach 100 Euro im Monat für Auszubildende sowie verbesserte Eingruppierungen unerlässlich. Die Kürzungen und fehlenden Investitionen in den vergangenen Jahren haben dazu geführt, dass motivierte Fachkräfte an allen Ecken und Enden fehlen. Für Euch bedeutet das oftmals Stress, Überstunden und Arbeitsausfall.

Angesichts der Milliardenüberschüsse der Länder und der Entwicklung der Steuereinnahmen ist ein deutliches Einkommensplus finanzierbar. Das gilt auch für eine Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte. Wir erwarten deshalb von den Arbeitgebern der

Länder, dass sie bei den anstehenden Verhandlungsrunden ihre Blockadehaltung aufgeben und ein substantielles Angebot vorlegen.

DIE LINKE. im Bundestag unterstützt Eure Forderungen. Wir rufen alle Menschen in unserem Land auf, sich solidarisch zu zeigen und für einen Kurswechsel bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben einzusetzen. Ein attraktiver und gut funktionierender Öffentlicher Dienst ist besser für uns alle – und nicht zum Nulltarif zu haben!

Mit solidarischen Grüßen



Sahra Wagenknecht,
Fraktionsvorsitzende



Dietmar Bartsch,
Fraktionsvorsitzender



Pascal Meiser,
Gewerkschafts-
politischer Sprecher

Einen attraktiven Öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Nulltarif

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Beschäftigte im Öffentlichen Dienst verdient Ihr für Eure Arbeit Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Ganz einfach, weil Ihr einen unverzichtbaren Beitrag für alle leistet. Eure Forderungen nach sechs Prozent mehr Geld und mindestens 200 Euro zusätzlich pro Monat sind deshalb mehr als berechtigt.

Gerade weil die Tarifentwicklung der Landesbeschäftigten in den letzten Jahren deutlich hinter der allgemeinen Lohnentwicklung und der Entwicklung beim Bund und in den Kommunen zurückgeblieben ist, sollten die Arbeitgeber ein Interesse daran haben, dass der Öffentliche Dienst wieder attraktiver wird.

Fast ein Drittel der Landesbeschäftigten geht in absehbarer Zeit in Rente. Auch deshalb sind Eure Forderungen nach 100 Euro im Monat für Auszubildende sowie verbesserte Eingruppierungen unerlässlich. Die Kürzungen und fehlenden Investitionen in den vergangenen Jahren haben dazu geführt, dass motivierte Fachkräfte an allen Ecken und Enden fehlen. Für Euch bedeutet das oftmals Stress, Überstunden und Arbeitsausfall.

Angesichts der Milliardenüberschüsse der Länder und der Entwicklung der Steuereinnahmen ist ein deutliches Einkommensplus finanzierbar. Das gilt auch für eine Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte. Wir erwarten deshalb von den Arbeitgebern der

Länder, dass sie bei den anstehenden Verhandlungsrunden ihre Blockadehaltung aufgeben und ein substantielles Angebot vorlegen.

DIE LINKE. im Bundestag unterstützt Eure Forderungen. Wir rufen alle Menschen in unserem Land auf, sich solidarisch zu zeigen und für einen Kurswechsel bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben einzusetzen. Ein attraktiver und gut funktionierender Öffentlicher Dienst ist besser für uns alle – und nicht zum Nulltarif zu haben!

Mit solidarischen Grüßen



Sahra Wagenknecht,
Fraktionsvorsitzende



Dietmar Bartsch,
Fraktionsvorsitzender



Pascal Meiser,
Gewerkschafts-
politischer Sprecher